

Der Ukraine-Krieg erreicht die Schweizer Spitäler und Heime

Weltwoche-Artikel von [Hubert Mooser](#) vom 23.08.2023

Aus der Ukraine kommen immer mehr Alte und Pflegebedürftige. Gesundheitskosten und Prämien werden weiter steigen.

Der Aufruf erfolgte über Facebook: Man suche für eine 71-jährig seahinderte kranke Frau, die aus Charkiw geflohen sei und seit März 2022 von einer Familie in Polen gepflegt werde, eine neue Bleibe. Denn die Familie verreise für ein Jahr in die Vereinigten Staaten und würde die Rentnerin gerne in der Schweiz unterbringen – zumal man gehört habe, dass in Zürich ältere Leute medizinisch gut versorgt und untergebracht würden.

So naiv und holprig die Anfrage über die Facebook-Site «Switzerland with Ukraine» auch abgefasst ist, zeigt sie doch einen neuen Trend – nämlich, dass Ukrainer betagte Verwandte und Bekannte in der reichen Schweiz unterzubringen versuchen oder nachkommen lassen. Eine Frau würde gerne ihre Mutter aus Charkiw holen, eine andere erkundigt sich, wie die Schweiz mit Flüchtlingen umgehe, die nicht mehr für sich selber sorgen könnten.

300 Millionen Franken reichen nicht

Der Kanton Bern bekommt bereits zu spüren, dass mehr und mehr Ukrainer im Rentenalter zuziehen. Bern ist nebst Zürich jener Kanton, der seit 2022 am meisten ukrainische Kriegsgefluchtete aufgenommen hat. Aus dem Umfeld des Berner Gesundheitsdirektors, Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP), heisst es nun, sie müssten inzwischen vermehrt ältere Leute versorgen, die logischerweise mehr Aufmerksamkeit benötigten und die auch gezeichnet seien von den sehr langen Kriegsmonaten. Das schlagt sich selbstverständlich in den Gesundheitskosten nieder. Nur will niemand Bescheid wissen über die bisherigen Behandlungskosten, die von ukrainischen Flüchtlingen verursacht wurden. Man führe keine aufgeschlüsselten Daten darüber, heisst es in Zürich.

Der Kanton übernimmt ab dem ersten Tag die Kosten für die Grundversicherung dieser Leute

Fest steht: Die 300 Millionen Franken, die der Bund den Kantonen für Krankenkassenprämien, Franchisen und Selbstbehalt bereitstellt, reichen bei weitem nicht. Bern musste im letzten Jahr selber gegen zwanzig Millionen Franken nachschliessen. Anderen Kantonen geht es ähnlich. Und je mehr ukrainische Flüchtlinge im Rentenalter ins Land drängen, desto mehr werden die Kosten steigen. Von einem Gesundheitstourismus in Richtung Schweiz will man aber in Bern trotzdem nicht sprechen.

Aber genau darauf läuft es hinaus. Da hat sich in den letzten Monaten zwischen Kiew und Schweizer Städten ein Netz an privaten Verkehrsverbindungen etabliert, die Ukrainerinnen und Ukrainer hin- und hertransportieren, als gäbe es dort keinen Krieg. Der Strom an Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine reisst auch nicht ab. Noch immer kommen wöchentlich zwischen 400 und 500 Personen. Über 87.000 Gesuche für den S-Status hat die Migrationsbehörde von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) bis vergangene Woche registriert, über 84.000 Kriegsgeflüchteten wurde dieser Status zugestanden (bei 14.500 wurde inzwischen der S-Status beendet). Darunter eben auch 6685 Personen, die älter als 65 sind. Natürlich wäre es jetzt interessant, zu erfahren, wie sich der Zustrom an Betagten in den letzten Wochen und Monaten konkret entwickelt hat.

Dazu liefert das Staatssekretariat für Migration (SEM) leider nur vage Angaben. Demnach sind ein Drittel der Kriegsflüchtlinge inzwischen Männer, 15 Prozent davon älter und alleinstehend. Über die Anzahl älterer ukrainischer Frauen, die in der Schweiz Zuflucht suchen, führt das SEM offensichtlich nicht Buch. Obendrein übernehmen wir auch Chronischkranke. Es handle sich um zivile Patienten, «deren Behandlung in der Ukraine kaum möglich, weil komplex ist und eine hohe Expertise erfordert», sagt Michael Jordi, Generalsekretär der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK). Die Schweiz hat seit September 2022 35 solche behandlungsbedürftige Zivilpersonen aus der Ukraine aufgenommen.

Wie lange geht das gut?

Ab dem ersten Tag der Ankunft übernimmt der Kanton die Kosten für die Grundversicherung gegen Krankheit und Unfall für diese Leute, genau wie für die anderen ukrainischen Kriegsgeflüchteten. Menschen, die aus einem Land kommen, wo man keine solche Gesundheitsversorgung kennt, muss die Schweiz wie das reinste medizinische Schlaraffenland vorkommen. Die Aargauer SVP-Nationalrätin Martina Bircher spricht von einer Zeitbombe, die da ticke. Sie wird in der Herbstsession des Parlaments dazu eine entsprechende Anfrage einreichen.

Die Geschichte enthält auch sozialen Zündstoff. Während die Schweizer Bürger mit steigenden Krankenkassenprämien konfrontiert seien und fürs Jahr 2024 bis zu 10 Prozent Prämien erhöhungen befürchtet würden, bekämen die ukrainischen Flüchtlinge alles bezahlt, so die landläufige Meinung. Die Frage ist: Wie lange geht das gut?

<https://weltwoche.ch/story/der-ukraine-krieg-erreicht-die-schweizer-spitaeler-und-heime/>